

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXV/8

Bonn, den 14. Januar 1970

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite

Zeilen

1 - 2

Schatten der Vergangenheit

85

Wie CDU/CSU in der Wohnungspolitik die Initiative "behalten"

Von Karl Ravens, MdB,

Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium
für Städtebau und Wohnungswesen

2a

Peking - Bonn - Moskau

29

Wie man bei Mao die deutsch-sowjetischen Gespräche beurteilt

3 - 4

"Sechzigmal am Rande der Katastrophe"

60

Unkontrollierte Atomspaltungen - Internationaler Waffenhandel
Aus der Arbeit des schwedischen Instituts für Friedensforschung

5 - 6

Neues Dreieck in Südosteuropa?

84

Kontakte auf der Linie Budapest-Belgrad-Bukarest

Von Hans Peter Rullmann, Belgrad

Schatten der Vergangenheit

Wie CDU/CSU in der Wohnungspolitik die Initiative "behalten"

Von Karl Ravens, MdB,
Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium
für Städtebau und Wohnungswesen

Die Christlich-Demokratische Union hat aus dem Munde ihres offenbar um Profil bemühten neuen wohnungspolitischen Sprechers Dr. Herbert Czaja höchst unqualifizierte Angriffe gegen angebliche wohnungspolitische Versäumnisse der SPD gerichtet. Für den Kenner der Materie ist es deutlich, daß die Unionsparteien in Wirklichkeit jene Fehlleistungen vertuschen möchten, die aus der Zeit stammen, in denen die CDU die Verantwortung für die Wohnungspolitik in der Bundesregierung trug.

So ist esbarer Unsinn, wenn Dr. Czaja im Namen seiner Partei behaupten darf, die Mieten seien in der Zeit ihres Ministers Lücke nicht so gestiegen wie heute. Tatsächlich gab es Mietsteigerungen bis zu 9,5 Prozent im Jahr, bevor ein Sozialdemokrat in das Wohnungsbauministerium einzog, und seitdem ist die Steigerungsquote jährlich gesunken und nicht gestiegen.

Daß überhaupt noch Mietsteigerungen erheblichen Ausmaßes vorkommen können, liegt nachweislich an dem übereilten Tempo des sogenannten Lücke-Plans, der die Aufhebung der Wohnungsbewirtschaftung erzwang, obwohl der regionale und lokale Wohnungsmarkt alles andere als ausgeglichen war. Der Kunstgriff, die Bewirtschaftung als unnötig zu erklären, wenn noch ein rechnerisches Defizit von drei Prozent bestand, ist den deutschen Mieter teuer zu stehen gekommen. Heute weiß man, daß zudem die statistischen Unterlagen nicht ausreichen konnten. Von den Ergebnissen der Wohnungszählung 1968, die Lauritz Lauritzen gegen erheblichen Widerstand durchsetzen konnte, ist bereits soviel bekannt, daß gegenüber der Lücke-Statistik in Wahrheit runde 800.000 Wohnungen weniger vorhanden sind - soviel wie etwa ganz Westberlin besitzt! Es ist leicht zu sehen, daß die angreifbare Lückesche Defizitberechnung auch noch auf falschen Grundlagen beruhte.

Wenn die CDU jetzt nach Art eines Interessenverbandes in Czajas Artikel die Behauptung aufstellt, das neue Städtebauförderungsgesetz sei darauf abgestellt, "das Einzeleigentum in Sanierungsgebieten zugunsten der Neubildung von Sachwerten in der Hand großer Kapitalkonsortien und Großunternehmen zu beseitigen", so ist das schlicht Unfug, wenn es nicht ein Zeichen dafür sein soll, daß der Verfasser solcher Phantastereien den Gesetzentwurf überhaupt nicht gelesen hat.

Lauritzens Entwurf des Städtebauförderungsgesetzes hat ganz im Gegenteil die strikteste Schonung des Eigentums zum Inhalt und schreibt - sofern nicht die Eigentümer selbst ihren Vorrang bei der Sanierung ausnutzen - zwingend die Reprivatisierung von Grund und Boden vor, das etwa in der Ordnungsphase in der Hand der Gemeinden oder des Sanierungsträger war.

Das Gesetz wird also nicht nur unmöglich machen, daß sich ein einzelner Eigentümer durch Aufwendungen der Allgemeinheit bereichern

kann, sondern es verhindert ebenso strikt, daß die Kommunen oder Wohnungsbaugesellschaften sich an Grund und Boden bereichern. Es wird wahrhaft interessant sein, wie die Unionsparteien es fertigbringen wollen, einen eigenen Entwurf vorzulegen, der ausgewogener wäre als Lauritzens Gesetz.

Horrender Unfug ist es auch, wenn die Unionsparteien behaupten, der Bundesminister für Städtebau und Wohnungswesen möchte Geld weniger als individuelle Leistung dem einzelnen Haushalt als den Großunternehmen zukommen lassen. Die nicht unbeträchtliche Erweiterung des Haushaltes 1970 ist vor allem auf steigende Leistungen nach dem Wohngeldgesetz und von Bausparprämien zurückzuführen, also gerade auf individuelle Leistungen.

Offensichtlich möchte die CDU auch hier mit maßlosen Angriffen vernebeln, daß ihre eigene, mit heißer Nadel zusammengeflückte Wohngeldnovelle unzulänglich ist, während Lauritzens Ministerium einen Entwurf erarbeitet, der mit den Möglichkeiten der Finanzplanung in Einklang steht und tatsächliche Verbesserungen bringen wird.

Nur die Mietobergrenzen zu erhöhen, wäre eine dürftige Maßnahme, mit der man die Mieter selbst in Bewegung bringen würde. So würde man dann zwar dem Vermieter, nicht aber dem Mieter helfen, zu erträglichen Mieten eine Wohnung zu finden. Der Trend zu höheren Mieten würde einen neuen Anstoß erhalten.

Das kann nicht das Ziel der Wohngeldverbesserung sein. Aber es spricht eben alles dafür, daß die wohnungspolitische Landsknechtstaktik der CDU, wild um sich zu schlagen und laut die Trommeln dröhnen zu lassen, die Erinnerung an die christdemokratische Negativbilanz der Vergangenheit auf dem Gebiet des Wohnungs- und Städtebaus vergessen machen soll. Denn als Lauritzen die neue Sozialklausel zugunsten der Mieter durchsetzte, hatte er den Widerstand der CDU zu überwinden, ebenso wie bei der Verzögerung des Schlußtermins in den Millionenstädten. Erst nachträglich entdeckte die Union auch dort ein Herz für die Mieter. Und das Städtebauförderungsgesetz, das alle Gemeinden so nötig wie das liebe Brot brauchen, ist durch nichts anderes verzögert worden, als durch wahltaktische Bedenken der CDU/CSU. Erst jetzt hat die Union gemerkt, welchen Abbruch ihr diese Haltung gebracht hat. Prompt versucht sie nun, einen eigenen Entwurf zu erarbeiten, nachdem sie aus dem Berliner Programm 1969 die ursprünglich enthaltene Forderung nach dem Gesetz wieder eliminiert hatte...

Die Behauptung, die CDU/CSU "behalte" im Wohnungswesen die Initiative, ist ein Schrei der Selbstberuhigung. Man kann nicht behalten, was man nie gehabt hat.

+ * +

Peking - Bonn - Moskau

Wie man bei Mao die deutsch-sowjetischen Gespräche beurteilt

sp - Wenn Kommunisten sich untereinander bekämpfen und wechselseitig behaupten, sie allein seien im Besitz der reinen Wahrheit, klingt das viel brutaler, als wenn sie sich mit sogenannten Kapitalisten auseinandersetzen. Worte wie "Verräter", "Klassenfeind", "Imperialisten" und "Revanchisten" gehören in solchen Fällen zum normalen Vokabularium.

In den Auseinandersetzungen zwischen Peking und Moskau spielt jetzt in zunehmendem Maße auch die Bundesrepublik eine nicht unwesentliche Rolle. Peking beschuldigt den Kreml, er unterstütze die Regierung Brandt/Scheel, um mit deren Hilfe die DDR und andere Ostblockstaaten zu liquidieren. Das sieht so aus:

- * "Ferner hat die sowjetische Regierung der wahnsinnigen revanchistischen Aktion der Regierung Brandt gegenüber, die vergeblich versucht, die Deutsche Demokratische Republik und Westberlin zu annektieren, unverhohlen einen verräterischen Standpunkt eingenommen."

Zum erstenmal werden von der deutschsprachigen "Peking Rundschau" auch die deutsch-sowjetischen Gespräche über einen Gewaltverzicht kommentiert. In diesen Gesprächen erblickt man in Peking den "Beweis" dafür, daß Moskau und Bonn nur finstere Absichten gegenüber den Staaten des Warschauer Paktes haben. Wörtlich heißt es in der "Peking Rundschau":

- * "Unter dem Aushängeschild eines gegenseitigen Gewaltverzichts und durch zweiseitige Gespräche mit der Sowjetunion und einigen anderen Ländern in Osteuropa will die Bundesrepublik die DDR schrittweise annektieren und sich in die osteuropäischen Länder infiltrieren."

Wir können sicher sein, daß man in Peking demnächst behaupten wird, die Bundesrepublik Deutschland wolle mit Duldung der Sowjetunion Albanien kassieren, um dem sowjetisch-amerikanischen Imperialismus einen neuen Flottenstützpunkt im Mittelmeer zu erobern..

"Sechzigmal am Rande atomarer Katastrophen"

Unkontrollierte Atomsprengungen - Internationaler Waffenhandel
Aus der Arbeit des schwedischen Instituts für Friedensforschung

nn. - Das unabhängige schwedische Institut für Friedens- und Konfliktforschung mit Sitz in Stockholm hat dieser Tage zwei Dokumentationen herausgegeben, die weltweite Beachtung gefunden haben. Zum erstenmal in der Geschichte haben Wissenschaftler die Gefahren der hochtechnisierten Atomrüstung und des internationalen Waffenhandels mit konventionellen Waffen dargelegt. Die Tatsachen, die das schwedische Institut zu Tage brachte, sollten nachdenklich stimmen, der Friedensforschung Auftrieb geben und der kontrollierten weltweiten Abrüstung das Wort reden.

Zu den Risiken der Atomrüstung legte das Institut einen Bericht mit folgenden Fakten vor. Seit 1945 stand die Welt mindestens sechzigmal am Rande einer atomaren Katastrophe. Folgende wesentliche Beispiele werden genannt.

- * In der Sahara bereiteten französische Wissenschaftler den vierten Kernwaffenversuch vor, als die Generale von Algier an der Küste gegen Paris zu meutern begannen. Die Wissenschaftler brachten den Atomsprengsatz zur Explosion, weil sie ihn den Militärs nicht überlassen wollten. Das geschah ohne hinreichende Sicherungen und Benachrichtigungen anderer Staaten.
- * Ein amerikanischer Langstreckenbomber verlor an der spanischen Küste bei Palomares vier Atombomben, die zur radioaktiven Verseuchung führten.
- * Vier Wasserstoffbomben bedrohten bei Thule/Grönland die Eskimos. Draufhin wurden die Sicherungen in den US-Sprengkörpern verstärkt.
- * Bei Goldboro/North-Carolina klinkte ein in eine Notlage geratener US-Atorbomber seine 24 Megatonnenbombe aus. Fünf der sechs Sicherungen schlugen durch, so daß man gerade noch um eine Explosion herumkam, die tausendmal stärker als jene von Hiroshima gewesen wäre.

Im Raum der Sowjetunion und des Ostblocks werden solche Pannen, die ganze Provinzen zerstören und hunderttausenden von Menschen das Leben kosten können, zwar strikt geheim gehalten, aber auch hier

hat das Friedensforschungsinstitut Fakten vorgelegt.

- * Eine fehlgesteuerte sowjetische Rakete mit Atomsprengkopf konnte
- * auf dem Flug nach Alaska gerade noch rechtzeitig durch Funkbefehl
- * zerstört werden.
- * Im Norden auf russischem Gebiet nahe der finnischen Grenze hat
- * sich eine ungeheuerere Atomexplosion ereignet. Es handelt sich
- * hier offenbar um die Selbstzündung des Atomsprengkopfes einer
- * Rakete. Die Folgen in Rußland selbst sind unbekannt.

Es ist nach wie vor unklar, ob die US-Atom-U-Boote "Tresher" und "Scorpion" nicht doch untergingen - und es glücklicherweise nicht zur Zündung der Sprengköpfe der Polaris-Raketen kam -, weil es hier eine Havarie mit russischen U-Booten gab. Jedenfalls ist bekannt, daß sich in den Weltmeeren amerikanische und russische U-Boote gegenseitig verfolgen, um gegnerische Kurse und technische Fakten herauszufinden.

Ein anderes Kapitel, das vom Stockholmer Institut für Friedens- und Konfliktforschung auf den Tisch gelegt wurde, betrifft den internationalen Waffenhandel. Er hat sich in den letzten zwanzig Jahren versechsfacht, seinen Wert von rund 800 Millionen Mark im Jahre 1950 auf 4,5 Milliarden Mark im Jahre 1968 gesteigert. Die meisten Entwicklungsländer und vor allem der Nahostraum sind heute im Besitz aller moderner konventioneller Waffen, was natürlich nicht der Erhaltung des Friedens dient.

- * Die Sowjetunion lieferte im letzten Jahr für 1,4 Milliarden Mark
- * Waffen. Die Zahlen der Waffenlieferungen aus anderen Ostblock-
- * ländern können nur geschätzt werden. Sie sollen denen der Sow-
- * jetunion nicht viel nachstehen.
- * Die USA lieferten für eine Milliarde.
- * Großbritannien und Frankreich folgen mit jeweils 750 Millionen.
- * Die Bundesrepublik Deutschland ist nur gering betroffen. Sie ex-
- * portierte für 18 Millionen Mark Waffen und rangiert auf der Liste
- * an der l e t z t e n Stelle in der Welt.

Rund 70 Prozent der Waffenexporte des letzten Jahres gingen nach Nordvietnam und Südvietnam sowie in den Nahen Osten mit Schwerpunkt arabische Staaten. In die russischen Lieferungen dorthin wurden inzwischen auch Kuwait und der Südjemen einbezogen. Diese Staaten und weitere Entwicklungsländer verfügen heute auch über Überschallflugzeuge, Hubschrauber und vor allem in großem Maße über Luftabwehrraketen.

Neues Dreieck in Südosteuropa? -----

Kontakte auf der Linie Budapest-Belgrad-Bukarest

Von Hans Peter Rullmann, Belgrad

Der sowjetische Gesandte in Belgrad, Pawel Stepanowitsch Kusnetzow, hielt die Zeit wieder einmal für einen Protest reif: Anlässlich eines Empfanges wandte er sich an einen Minister der jugoslawischen Regierung, um darüber Klage zu führen, daß die Belgrader Presse abermals und ohne Kritik die chinesischen Angriffe gegen die Sowjetführung veröffentlicht habe.

Mit derartigen Protesten, die in der Regel von den Presseattachés der osteuropäischen Botschaften in Belgrad vorgetragen werden, muß sich die jugoslawische Regierung schon seit dem Besuch des sowjetischen Außenministers Andrej Gromyko in Jugoslawien herumschlagen, denn Moskau geht offenbar von der Annahme aus, daß zur Normalisierung der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und anderen kommunistischen Ländern in jedem Fall auch die Einschränkung der Pressefreiheit gehört. Aber in diesem Fall ging der sowjetische Vertreter sogar noch ein Schrittchen weiter und kündigte "politische Konsequenzen" an: Falls Jugoslawien nicht damit aufhöre, so ließ er verlauten, fremde Angriffe gegen die Sowjetunion kommentarlos wiederzugeben, werde es der sowjetische Parteichef Leonid Breschnjew sehr schwer haben, Belgrad noch in diesem Jahr zu besuchen.

Ein solcher Besuch war schon während des Treffens zwischen Gromyko und Marschall Tito für das nun begonnene Jahr vereinbart worden, und es besteht kein Zweifel daran, daß Jugoslawien an einer solchen Visite erhebliches Interesse hat, zumal man auf der anderen Seite die Wiederaufnahme voller diplomatischer Beziehungen auch zu China vorsieht. Aber man ist sich in jugoslawischen Kreisen vollkommen darüber im Klaren, daß nicht einmal ein Treffen auf allerhöchster Ebene vollkommen normale Beziehungen zwischen Jugoslawien und der Sowjetunion herbeiführen kann, denn gerade in den ersten Tagen des neuen Jahres hat die sowjetische Presse überdeutlich zu verstehen gegeben, daß ihr nicht nur die politische Liberalisierung des gesellschaftlichen Lebens in Jugoslawien mißfällt.

So veröffentlichte zum Beispiel die "Prawda" unter dem Titel "Die Lebenskräfte des Sozialismus" eine harte Kritik an jenen "Revisionisten", die sich am Konzept eines genossenschaftlichen Sozialismus orientierten, und in der neuen Fassung der Geschichte der KPdSU, die in diesen Tagen in einer vorläufigen Auflage von 300.000 Exemplaren in der Sowjetunion angeboten wird, steht sogar, daß Jugoslawien der Hauptschuldige am Bruch zwischen Stalin und Tito im Jahre 1948 gewesen sei. Dieser Vorwurf wird mit einer erheblichen

Aufwertung der Rolle Josef Stalins verbunden, wie man sie auch in einer Artikelserie der sowjetischen Zeitschrift "Sowjetska Rossija" anlässlich des 25. Jahrestages des Sieges über das Hitler-Reich finden kann, und daran nehmen, nebenbei gesagt, nicht nur die jugoslawischen Kommunisten Anstoß, sondern auch ihre italienischen Genossen, die sich in ihrer "Unitá" mit dem Phänomen der neuen Stalinbewertung befassen.

Der sowjetischen Kritik am jugoslawischen System hat sich natürlich sofort auch die ostdeutsche Publizistik angeschlossen, wie man wiederum einer Broschüre des Politbüros der SED unter dem Titel "Die politische Ökonomie des Sozialismus und ihre Anwendung in der DDR" entnehmen kann, in der das jugoslawische Selbstverwaltungsprinzip als "eine dem Sozialismus fremde Konzeption" abgetan wird.

Die jugoslawischen Polemiker revanchieren sich für derartige Attacken, indem sie wiederum einer anderen Publikation ihre Aufmerksamkeit widmen, nämlich dem aufsehenerregenden Buch des französischen Reformkommunisten Roger Garaudy, das jetzt sogar in der Pariser "Humanité" verteidigt werden durfte. Und ohne Anteilnahme, fast voller Spott veröffentlicht die jugoslawische Presse außerdem Behauptungen des amerikanischen Pentagon, denen zufolge die Rolle der Sowjetarmee im Zweiten Weltkrieg bisher zu hoch eingeschätzt worden sei - eine indirekte Antwort auf bulgarische Unterstellungen, denen zufolge sich Jugoslawien nicht selbst befreit habe, sondern alles, auch seine heutige Freiheit ausschließlich den Russen verdanke.

Vor diesem Hintergrund einer nicht enden wollenden Polemik kommt es nun zu einer Reihe von interessanten Besuchen. Am selben Tage, an dem der rumänische Ministerpräsident Ion Gheorghe Maurer in Belgrad eintraf, reiste der jugoslawische Außenminister Mirko Tepavac zu einem Besuch seines ungarischen Kollegen Janos Peter nach Budapest.

Ursprünglich sollte es dort nach sowjetischen Wünschen zu einer Außenministerkonferenz aller kommunistischer Staaten unter Einschluß Jugoslawiens über die Nahostfrage kommen, doch nachdem sich Jugoslawien erfolgreich gewehrt hatte, auf diese Weise in das sozialistische Weltssystem eingeordnet zu werden, wird der Besuch von Tepavac nun ausschließlich bilateralen Charakter tragen. Das heißt, man wird über eine weitere Verbesserung der Beziehungen zwischen Budapest und Belgrad zu sprechen. Zumindest für die skeptischen Sowjets zeichnet sich damit am Horizont bereits die Gefahr einer vollkommen neuen Balkanentente ab, die diesmal Rumänien, Ungarn und Jugoslawien umfassen würde, nachdem die Tschechoslowakei als möglicher Partner inzwischen ausgefallen ist. Um die Bildung einer derartigen Entente, die allerdings noch vor vielen Problemen steht, garnicht erst zuzulassen, will deshalb Außenminister Gromyko gleichfalls nach Budapest reisen, um die Ungarn davor zu warnen, ihren Weg weiterzugehen, an dessen Ende schließlich etwas stehen könnte, das dem jugoslawischen Modell verblüffend ähnlich sieht.